



# Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM  
PRESSESTELLE DER LANDESREGIERUNG

PRESSEMITTEILUNG  
Nr. 145/2006

24. März 2006

 Kirchenbeauftragter der Landesregierung, Staatssekretär Rudolf Böhmler, betont Rolle der Kirchen für Dialog mit Islam

„Nicht gegenseitige Abschottung, sondern gegenseitige Achtung fördern verständnisvolles Zusammenleben“

Islamische Religion nicht undurchsichtigen Parallelgesellschaften überlassen

„Der Beitrag der Kirchen für ein verständnisvolles Zusammenleben der Religionen ist unverzichtbar. Insbesondere der Dialog zwischen Christentum und Islam lebt nur, wenn er nicht von gegenseitiger Abschottung, sondern von gegenseitiger Achtung geprägt ist. Die Evangelische Kirche Württemberg zeigt mit der Themenstellung ihrer 13. Landessynode nicht zum ersten Mal, dass sie diese Aufgabe annimmt und ihren Beitrag zum Gespräch zwischen den größten Weltreligionen leisten will.“ Dies sagte der Kirchenbeauftragte der Landesregierung, Staatssekretär Rudolf Böhmler am Freitag (24. März 2006) auf der 13. Württembergischen Evangelischen Landessynode in Stuttgart.

Derzeit leben nach den Worten Böhmlers rund 600.000 Muslime in Baden-Württemberg, zum Teil seit Jahrzehnten, und viele von ihnen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Längst sei der Islam Teil des religiösen, aber auch gesellschaftlichen Lebens in Baden-Württemberg geworden. Mehr als jedes zehnte Kind, das derzeit in Baden-Württemberg geboren werde, habe islamische Eltern. „Daher sprechen sich Landesregierung und Kirchen für islamischen Religionsunterricht sowie für die Ausbildung von Imamen in Deutschland aus. Wir dürfen die Erfüllung des Wunsches nach Religion nicht undurchsichtigen Parallelgesell-

schaften überlassen, sondern brauchen transparente Strukturen, die unsere westliche Kultur kennen und achten“, unterstrich Staatssekretär Rudolf Böhmler.

Die Landesregierung Baden-Württemberg respektiere religiöse und kulturelle Überzeugungen ohne Einschränkung, dulde jedoch deren Missbrauch für Zwecke des Extremismus, der Selbstausgrenzung und der Unterdrückung von Frauen nicht. „Gegen den Extremismus vorzugehen heißt aber auch, anzuerkennen, dass die große Mehrheit der in Baden-Württemberg lebenden Muslime zu Integration, Begegnung und Zusammenarbeit bereit ist und es deshalb verdient, dass wir auf sie zugehen und uns für sie öffnen“, sagte der Kirchenbeauftragte der Landesregierung.

Die Landesregierung stehe ohne Vorbehalte hinter der Forderung, dass Muslime die gewachsenen Grundlagen unseres Zusammenlebens respektieren und sich mit dem christlichen Menschenbild und den daraus fließenden Auffassungen von Menschenrecht und Menschenwürde auseinandersetzen müssten. Dazu brauche es aber auch die Begegnung mit Christen vor Ort. „Ohne persönliche Begegnungen bleiben Dialog und Verständnis leere Worthülsen.“ Glaubwürdig und wirksam würden daher christliche und demokratische Werte vor allem dort vermittelt, wo gerade auch die Kirchen das Gespräch suchen und dabei nicht unter den Scheffel stellen, was den Christen heilig ist. „Mit ihrer heutigen Tagung tut die Evangelische Kirche Württemberg einen weiteren wichtigen Schritt auf diesem oft beschwerlichen Weg“, unterstrich Staatssekretär Rudolf Böhmler.